A. D. 1890.

CURRENDA X. XI.

Nro 1022.
pr. 23/4 1890.

Nowa ustawa kongrualna.

Rozporządzenie wys. ces. król. Ministerstw wyznań i skarbu, wydane pod dniem 2 lipca 1885 (D. u. p. Nro. 99) w celu przeprowadzenia ustawy kongrualnej z dnia 19 kwietnia 1885 (D. u. p. Nro 47) a ogłoszone Wielebnemu Duchowieństwu razem z ustawą kongrualną w Kurendach XIV, XV, XVI Nro 2785, utraciło już moc obowiązującą; zostało bowiem odwołane a zamiast niego wydały i ogłosiły wys. ces. król. Ministerstwa wyznań i skarbu nowe rozporządzenie z dnia 20 stycznia 1890 (D. u. p. Nro 7) według którego odtąd ustawa kongrualna ma być wykonana i przedkładane być powinne fasye dochodów i wydatków przez księży w duszpasterstwie zajętych. Nowe to rozporządzenie obowiązujące od 1 lutego 1890 podajemy Wielebnemu Duchowieństwu dyecezalnemu do wiadomości w oryginalnym tekscie niemieckim.

Opiewa ono jak następuje:

VERORDNUNG

des Ministers für Cultus und Unterricht und des Finanzministers vom 20. Jänner 1890, womit unter Aufhebung der Verordnung vom 2. Juli 1885 R. G. Bl. No 99 neue Bestimmungen zur Durchführung des Gesetzes vom 19. April 1885, R. G. Bl. No 47, betreffend die provisorische Aufbesserung der Dotation der katholischen Seelsorgegeistlichkeit, erlassen werden.

§. I.

Die Vorlage der den Bestimmungen des §. 3. des Gesetzes vom 19. April 1885, R. G. Bl. No 47 entsprechenden Einbekenntnisse der mit geistlichen Ämtern verbundenen Bezüge hat seitens der Seelsorgegeistlichen stattzufinden, welche ein Beneficial- oder anderes Localeinkommen zu beziehen haben und einen Anspruch auf eine Congruaergänzung aus dem Religionsfonde erheben.

Die Einbekenntnisse sind beim Amtsantritte oder über Anordnung des Cultusministers vorzulegen.

Seelsorgegeistlichen, welchen kein Beneficial- oder sonstiges Localeinkommen zukommt, ist die Congrua über Mittheilung des Ordinariates von dem Amtsantritte aus dem Religionsfonde flüssig zu machen.

§. 2.

Die Einbekenntnisse sind im Wege des Ordinariates der Landesstelle vorzulegen.

Im Falle des Amtsantrittes hat diese Vorlage binnen zwei Monaten vom Zeitpunkte desselben stattzufinden.

Gesuche um Erweiterung dieser Frist, sind vierzehn Tage vor dem Ablaufe derselben der Landesstelle vorzulegen, welche, wenn das Vorhandensein triftiger Gründe nachgewiesen erscheint, eine Erstreckung der Frist bis zur Dauer von weiteren vier Wochen bewilligen kann.

§. 3.

Die Einbekenntnisse haben nach den beigeschlossenen Formularien (A, beziehungweise B) in zwei Hauptrubriken die nach §. 3. des Gesetzes einzubekennenden Einnahmen und Ausgaben der Seelsorgegeistlichen zu enthalten.

Eine allfällig erforderliche Begründung einzelner Posten ist in die Nebenrubrik „Anmerkungen“ einzustellen.

Das Einbekenntnis ist von dem betreffenden Seelsorgegeistlichen zu unterfertigen.

Wenn einem Hilfspriester ein Bezug aus dem Einkommen des ihm vorgesetzten Seelsorgers zukommt, so hat Letzterer das Einbekenntnis des Hilfspriesters zur Bestätigung der Richtigkeit der betreffenden Einnahmspost mitzufertigen.

§. 4.

Die Einbekenntnisse sind in zwei Parien zu überreichen, und es sind einem derselben das neueste Pfründenvermögensinventar, ein specificierter Ausweis über sämmtliche wie immer benannten Bezüge des einbekennenden Seelsorgers aus dem Religionsfonde und die im Nachfolgenden angeführten Belege anzuschliessen.

Rücksichtlich der einzelnen Einnahms- und Ausgabsposten und der Documentierung derselben ist Folgendes zu beachten:

I.

a) Der Reinertrag von Grund uud Boden der mit dem Seelsorgeamte eigenthümlich oder bloss zum Genusse verbundenen Grundstücke ist mittelst des steuerämtlichen Besitzbogens,

b) der Zinsertrag aus vermieteten Gebäuden oder Gebäudetheilen mit dem steuerämtlichen Certificate,

c) der Ertrag von Capitalien mittelst eines Ausweises, worin die einzelnen Capitalien nach ihrer ziffermässigen Höhe, ihrem Zinsfusse und den näheren Merkmalen der betreffenden Schuldurkunden anzugeben sind, nachzuweisen.

d) der Ertrag von nutzbaren Rechten (Propinations-Holzbezugs-, Weide-, Fischereiberechtigungen, u. s. w.), aus gewerblichen Betrieben und aus fixen Dotationen in Naturalien ist mit dem Durchschnitte der letzten sechs Jahre einzubekennen und mit den Urkunden (Bestandverträgen, Marktpreis- oder Schätzungscertificaten, u. s. w.) auszuweisen, welche geeignet erscheinen, die von dem einbekennenden Seelsorgegeistlichen angegebene Ertragsziffer zu bekräftigen.

Erhellt dieser Ertrag aus steuerämtlichen Hauptbüchern und Vorschreibungen, so ist die ebendort letztangegebene Ertragsziffer massgebend und die bezügliche steuerämtliche Bestätigung dem Einbekenntnisse anzuschliessen.

Etwaige Ansprüche auf einen Abschlag am Ertrage von Capitalien oder Renten im Sinne des §. 3. 1 lit. d. Abs. 2. des Gesetzes sind in dem Einbekenntnisse in der Rubrik „Anmerkungen" entsprechend zu begründen und können dieselben nur dann berücksichtigt werden, wenn es sich hiebei um nothwendige und regelmässig wiederkehrende, durch besondere Umstände und Localverhältnisse bedingte Einbringungskosten handelt,

e) Bezüge aus Überschüssen des localen Kirchenvermögens sind mittelst der behördlichen Bewilligungen und sonstigen Urkunden, auf welche sich dieselben gründen, nachzuweisen.

f) Rücksichtlich der Stolgebüren ist dem Einbekenntnisse als Grundlage für die Pauschalierung im Sinne des §. 3, 1. lit. d des Gesetzes die decanatsämtlich bestätigte Nachweisung der im Durchschnitte der letzten sechs Jahre vorgekommenen stolpflichtigen Acte nach Classen gesondert und der hierauf entfallenden Gebüren, wie der durchschnittlichen Anzahl und Höhe der wegen Armut oder sonstigen Gründen nicht einbringlichen Stolgebüren anzuschliessen.

In das Einbekenntnis hat der Seelsorger einstweilen die in dem letzten, nach dem Gesetze vom 19. April 1885 R. G. Bl. No 47 richtig gestellten Einbekenntnisse anerkannte Summe, in Ermanglung einer solchen aber die sechsjährige Durchschnittsziffer oder wirklich eingebrachten Stolgebüren abzüglich des Betrages von dreissig fl. ö. W. einzustellen.

Die endgiltige Ziffer der anrechenbaren Stolgebüren ist von der Landesstelle im Einvernehmen mit dem Diöcesanbischofe, beziehungsweise, falls ein Einverständnis nicht erzielt wird, vom Cultusminister festzusetzen, worüber die Richtigstellung des im Einbekenntnisse enthaltenen Stolgebürenbetrages zu veranlassen ist.

Wenn ein in Gemässheit des Gesetzes vom 19. April 1885 R. G. Bl. No 47 richtig gestelltes Einbekenntnis vorliegt, so kann innerhalb zehn Jahren vom Tage dieser Richtigstellung die Vorlage der obenerwähnten Behelfe unterbleiben, insoferne die Landesstelle dieselben nicht wegen eingetretener besonderer Verhältnisse abzuverlangen findet. —

g) Das Erträgnis aller, vor dem 15. Juni 1885 bei der betreffenden Kirche und Pfründe mit einem bestimmten Betrage errichteten Messstipendien und Stiftungen für gottesdienstliche Functionen, unterschiedslos, ob ein Stiftbrief errichtet wurde, oder nicht, ist mit einem Verzeichnisse auszuweisen, worin die Art und Anzahl der gestifteten Functionen, der Tag der Persolvierung derselben, die Stiftungsbedeckungscapitalien, wie deren Fructificierung und Erträgnis, endlich die Vertheilung dieses Letzteren, unter Bezugnahme auf die rücksichtlich die Constituierung der Stiftungen vorhandenen specificiert anzugeben ist.

Insoferne der Einrechnung des Erträgnisses einer Stiftung eine Bestimmung des Stiftbriefes entgegensteht, ist der Stiftbrief dem Einbekenntnisse, beziehungsweise dem oben erwähnten Verzeichnisse anzuschliessen.

Wenn ein nach dem Gesetze vom 19. April 1885 R. G. Bl. No 47 richtig gestelltes Einbekenntnis bereits vorliegt, kann von der Vorlage der oben erwähnten Behelfe Umgang genommen und das Erträgnis der Messstipendien und Stiftungen mit dem bei der letzten Richtigstellung anerkannten Betrage in das Einbekenntnis eingestellt werden.

II.

a) Die von den einzubekennenden Einnahmen zu entrichtenden landesfürstlichen Steuer, Landes,- Bezirks- und Gemeinde Umlagen und sonstigen für öffentliche Zwecke auf Grund eines Gesetzes zu leistenden Beiträge, sowie das Gebürenäquivalent sind mittelst der betreffenden Steuerbücher oder Certificate, Zahlungsaufträge u. s. w. auszuweisen.

b) Betreffs der zu passierenden Kanzleiauslagen für die Matrikenführung dort, wo dieselben nicht aus dem Kirchenvermögen bestritten werden, ist die Ministerial-Verordnung vom 8. December 1885 R. G. Bl. No 170, und betreffs der Auslagen für die Führung des Decanatsamtes (Bezirksvicariates) die Ministerial-Verordnung vom 19 Juni 1886 R. G. Bl. No 107 massgebend.

c) Rücksichtlich der auf einem besonderen Rechtstitel beruhenden Verpflichtungen zu Leistungen an Geld oder Geldeswert sind die betreffenden Urkunden dem Einbekenntnisse anzuschliessen.

Zu den Leistungen an Geld und Geldeswert aus dem Grunde einer auf dem Einkommen haftenden Verbindlichkeit gehören auch die auf einer langjährigen Uibung beruhenden bisherigen sowie die in einem speciellen Rechtstitel begründeten Leistungen aus dem Pfarreinkommen für die bei der Sellsorgestation systemisierten Hilfspriester.

d) Die Bestimmung des §. 3, lit. e des Gesetzes gewährt dem Beneficiaten nur das Recht, grössere Bauauslagen, wodurch die demselben zukommende Congrua verkürzt wird, innerhalb des Ausmasses dieser Congrua von Fall zu Fall vom Religionsfonde anzusprechen.

Bauauslagen für vermietete Gebäude und Gebäudetheile können mit Rücksicht auf die im §. 3. 1, lit. b des Gesetzes bereits veranschlagten Erhaltungs- und Amortisationskosten nicht in Berücksichtigung gezogen worden.

Die Ertheilung der Bewilligung zur Passierung ausserordentlicher Auslagen, z. B. bei Sicherstellung des Wasserbedarfes im Sinne des vorletzten Alinea des §. 3. des Gesetzes, steht dem Cultusminister zu.

§. 5.

Das Ordinariat leitet die bei demselben einlangenden Einbekenntnisse, eventuell unter gleichzeitiger Äusserung über die Höhe des Stolgebürenpauschales, an die Landesstelle.

Die Landesstelle hat, woferne sie nicht wegen formeller Gebrechen des Einbekenntnisses, die Zurückstellung desselben zur Ergänzung oder Verbesserung anzuordnen findet, erforderlichen Falles die zur Klarstellung des Sachverhaltes zweckdienlichen Erhebungen durch die politische Bezirksbehörde zu veranlassen.

Handelt es sich bei diesen Erhebungen um die Bewertung eines Einkommens an Naturalien oder um einen veränderlichen Bezug, mit Ausnahme desjenigen, welcher

durch steueramtliche Documente ausgewiesen erscheint, so kann, falls sich der Werth nicht durch amtliche Daten liquid stellen lässt, ein Schätzungsbefund veranlasst werden, zu welchem unter Leitung der politischen Bezirksbehörde zwei Sachverständige zuzuziehen sind.

Die Posten der Erhebungen sind in dem Falle, als nach deren Ergebniss die bezügliche Post um mindestens zwanzig Percente höher beziffert wird, als sie einbekannt wurde, dem einbekennenden Seelsorger aufzuerlegen.

§. 6.

Rücksichtlich der Stolgebüren hat die Landesstelle, insoferne sie dem bezüglichen Antrage des Diöcesanbischofes nicht beizupflichten findet, den in Aussicht genommenen Pauschalbetrag dem Ordinariate mit entsprechender Begründung bekannt zu geben und die hierüber einlangende Ordinariats-Äusserung, wenn dieselbe zu einem Einverständnisse zu führen nicht geeignet ist, mit den Bezugsacten dem Cultusminister zur Schlussfassung vorzulegen.

§. 7.

Sonach ist über eingehende Prüfung des Einbekenntnisses die Entscheidung über die Richtigstellung desselben und über die Anweisung der Congruaergänzung zu fällen und dem einbekennenden Seelsorgegeistlichen im Wege der politischen Bezirksbehörde zuzustellen; dem Ordinariate ist gleichzeitig eine Abschrift dieser Entscheidung zu übermitteln.

Das zweite Pare des Einbekenntnisses ist bei der Landesstelle zurückzubehalten.

§. 8.

Gegen die Entscheidung der Landesstelle kann von dem betreffenden Seelsorgegeistlichen binnen der Frist von zwei Monaten vom Tage der Zustellung des Erkenntnisses an denselben der an das Ministerium für Cultus und Unterricht gerichtete Recurs bei der politischen Bezirksbehörde eingebracht werden.

Dem Recurse ist die angefochtene Erledigung mit dem Einbekenntnisse und allen zurückgestellten Beilagen desselben anzuschliessen.

Die Landesbehörde hat den Recurs dem Ordinariate zur Äusserung zuzumitteln und sohin denselben mit dieser Äusserung unter Anschluss der bezüglichen Voracten und unter Begutachtung der Recursausführungen mit möglichster Beschleunigung dem Ministerium für Cultus und Unterricht vorzulegen.

Die hierüber erfliessende Ministerialentscheidung ist dem Recurrenten im Wege der politischen Bezirksbehörde zuzustellen und gleichzeitig dem Ordinariate eine Abschrift derselben zuzumitteln.

§. 9.

Die Überprüfung, beziehungsweise Abänderung des Richtigstellungserkenntnisses von amtswegen kann jederzeit stattfinden.

§. 10.

Veränderungen in der Substanz des Pfründenvermögens, beziehungsweise des Localeinkommens, welche auf die Congruaergänzung aus dem Religionsfonde Einfluss

haben, sind von dem betreffenden Seelsorgegeistlichen mit möglichster Beschleunigung, längstens aber innerhalb drei Monaten von dem Zeitpunkte, wo sich dieselben ergeben haben, im Wege des Ordinariates der Landesstelle anzuzeigen.

Die Unterlassung der Anzeige einer die Verminderung der Congruaergänzung begründenden Veränderung zieht die Folgen des §. 4 Alinea 1 des Gesetzes vom 19. April 1885 R. G. Bl. No 47 nach sich.

§. 11.

In den Fällen des Eintrittes der Voraussetzungen des §. 4 Alinea 1 des Gesetzes ist die bezügliche Strafamtshandlung von der politischen Bezirksbehörde unter Offenlassung des gesetzlichen Recursweges zn pflegen.

§. 12.

Die Anweisung und Auszahlung der Dotationsergänzungen erfolgt in der bisher üblichen Weise, und zwar an die Hilfspriester dort, wo dies bisher geschehen ist, zu Handen des ihnen vorgesetzten selbständigen Seelsorgers.

Über Ansuchen können einem neu ernannten Seelsorger vom Tage seines Amtsantrittes an vorläufig die von seinem Vorgänger genossenen Bezüge gegen die bei Anweisung seiner definitiv festgestellten Congruaergänzung durchzuführende Ausgleichung flüssig gemacht werden.

Wird in der vorgeschriebenen Frist (§. 2) das Einbekenntnis nicht überreicht, so ist die weitere Auszahlung dieser Bezüge einzustellen und wegen Rückersatzes der bereits ausgezahlten Beträge das Erforderliche zu veranlassen.

§. 13.

Ergibt sich hiebei oder bei der Ausgleichung mit der definitiv zuerkannten Congruaergänzung ein Rückersatz von mehr als zwanzig Gulden ö. W. an den Religionsfond, so ist derselbe in zwölf Monatsraten zu leisten.

§. 14.

Die mit der Verwaltung der Pfarrtemporalien betrauten Provisoren sind berechtigt, den ihnen zukommenden Gehalt aus den Einkünften der Pfründe zu entnehmen und denselben in der Intercalarrechnung in Ausgabe zu stellen.

Mit dieser Massgabe bleibt es hinsichtlich der Verrechnung der Einnahmen und Ausgaben erledigter Pfründen (Intercalar-Rechnung) bei den bisherigen Vorschriften.

Verweser erledigter Pfründen haben auf das stiftungsmässige Messstipendium nur bis zur Höhe des diöcesanüblichen Anspruch.

Beträgt jedoch deren Gehalt monatlich nur 30 fl., so sind dieselben nicht verpflichtet, die Stiftungsmessen anders als gegen das diöcesanübliche Stipendium zu persolvieren.

Die Remuneration der Excurrendo-Provisoren ist innerhalb der im §. 5. Alinea 3 des Gesetzes festgesetzten Maximalgrenze, mit Rücksicht auf die Entfernung und die Anzahl der Parochianen der erledigten Seelsorgestation, über Einvernehmen des Ordinariates von der Landesstelle festzusetzen.

§. 15.

Zur Bedeckung der Ruhegehalte der in den Deficientenstand zu versetzenden selbständigen Seelsorger ist zunächst das überschüssige Einkommen der Pfründe, bei welcher dieselben bei ihrer Übernahme in den Ruhestand in Verwendung stehen, heranzuziehen.

Liegt betreffs des Einkommens der Pfründe ein nach den Grundsätzen des Gesetzes vom 19. April 1885, R. G. Bl. No 47 richtig gestelltes Einbekenntnis nicht vor, so hat der Ruhestandswerber mit seinem im Wege des Ordinariates einzubringenden Gesuche um vorläufige Zusicherung der Übernahme in den Deficientenstand ein nach den Grundsätzen dieses Gesetzes eingerichtetes Einbekenntnis zum Zwecke der Constatierung, ob ein zur gänzlichen oder theilweisen Bestreitung des Deficientengehaltes verfügbarer Überschuss bei der Pfründe vorhanden sei, der Landesstelle vorzulegen, auf dessen Richtigstellung die obigen Vorschriften sinngemässe Anwendung finden.

§. 16.

Gegenwärtige Verordnung tritt mit dem 1. Februar 1890 in Kraft; mit demselben Tage treten die Bestimungen der Ministerial-Verordnung vom 2. Juli 1885 R. Gl. Bl. No 99 ausser Wirksamkeit.

Formulare A.

Diöcese . . . . . . Politischer Bezirk . . . .

Decanat . . . . . . Steuerbezirk . . . . .

EINBEKENNTNIS

über die mit dem Amte des . . . . . . Pfarrers in . . . . . . verbundenen Bezüge behufs Dotationsergänzung aus dem Religionsfonde nach dem Gesetze vom 19 April 1885 (R. G. B. No 47).

Stand vom . . . .

Mit . . . . Beilagen.

Einnahmen.

Post-Nr	Beilage Nr. / Anzahl	Gegenstand	Betrag in ö. W. fl.	kr.	Anmerkung
1	1 / 1	Ertrag von pfarrlichen Grundstücken	100	—	*ad 1.* laut steuerämtlichen Besitzbogens ddto. . . . Z . . . . .
2	2 / 1	Ertrag von in partem congruae überlassenen Kirchengrundstücken	60	—	*ad 2.* laut steuerämtlichen Besitzbogens ddto . . . . Z . . . . . .
3	3 / 1	Zinsertrag von vermieteten Gebäuden	40	—	*ad 3.* laut steuerämtlichen Certificates ddto . . . . . Z . . . . . .
4	4 / 1	Ertrag von Capitalien angelegt a) in öffentlichen Fonden . .	75	60	*ad 4.* laut Ausweises ddto . . . .
		b) bei Privaten	180	—	
5	5—7 / 3	Ertrag von nutzbaren Rechten, gewerblichen Betrieben und aus fixen Dotationen in Naturalien	40	—	*ad 5.* laut steuerämtlicher Bestätigung vom . . . . . Z . . . . . , beziehungsweise dem Pachtvertrage vom . . . . und dem Marktpreiscertificate vom . . . .
6	8 / 1	Ertrag von fixen Renten und Dotationen in Geld und Geldeswerth	180	—	*ad 6.* laut Ausweises vom . . . . .
7	9 / 1	Einkommen aus Überschüssen des localen Kirchenvermögens . .	10	—	*ad 7.* laut Erlasses des . . . . . . Z . . . .
8	10 / 1	Stolgebüren	—	—	*ad 8.* decanatsämtlich bestätigter Ausweis im Sinne des §. 4, I, lit. f der Ministerial-Verordnung vom . . . . 1889, R. G. B. No . . (beziehungsweise letztadjustirte Fassion vom . . . . .) liegt bei.
9	11—12 / 2	Stiftungsgebühren , ...	297	20	*ad 9.* Laut Verzeichnisses vom . . . . . . (beziehungsweise letztadjustirter Fassion vom . . betreffs Nichteinrechnung der unter Post . . . . desselben angeführten Stiftung liegt der Stiftbrief vom . . . . bei.
		Summe der Einnahmen . .			

Ausgaben.

N. st.-Nr.	Beilage Nr. / Anzahl	Gegenstand	Betrag in ö. W. fl.	kr.	Anmerkung
1	1—3 / 3	Auf landesfürstliche Steuern, . .	21	34	*ad 1.* laut Steuerbücher, steueramtlichen Certificates vom . . . und Zahlungsauftrages vom . . . Reg.-No . . . . . .
		Landes-, Bezirks- und Gemeindeumlagen	28	26	
		Gebürenaquivalent	10	15	
2	4 / 1	An Kanzleiauslagen für die Matrikenführung	2	50	*ad 2.* laut Ausweises vom . . . . beträgt die Seelenzahl 576
3	—	Auslagen für die Führung des Decanatsamtes	150	—	
4	5 / 1	Stolpauschale an den Pfarrer in	10	—	*ad 4.* laut Pfarrerrichtungsinstrumentes vom . . . . .
5	6 / 1	Auf den Unterhalt des Hilfspriesters	289	50	*ad 5.* laut Stiftbriefes (oder gemäss Systemisierungsurkunde, genehmigten Commissionsprotokolles u. s. w.) vom . . . . . beziehungsweise mit Rücksicht auf das Einbekenntnis des Hilfspriester (§. 4. lit. a)
6	7 / 1	An Pension für den Vorgänger die Quote von	50	—	*ad 6.* laut Erlasses des . . . . . . vom . . . . Z . . . .
7	—	Bestandzins für in partem congruae überlassene Kirchengrundstücke	10	—	*ad 7.* Siehe Beilage 5 zu Ausgabspost 4
8	—	Auf Persolvierung von Stiftmessen an andere Priester	115	31	*ad 8.* laut Ausweises ddto . . . . . (Beilage No 11 zu Einnahmspost 9)
		Summe der Ausgaben	—	—	
		Im Entgegenhalte der Einnahmen per	—	—	
		zeigt sich ein Reinerträgnis von	—	—	
		und gegenüber der Congrua per	—	—	
		ein Abgang (Überschuss) . . .	—	—	laut Beilage 6 ad Ausgabspost 5 ist ein Hilfspriester systemisiert.
					N. N. Pfarrer.

Formulare B.

Dioöcese . . . . Politischer Bezirk . . . . . .

Decanat . . . . Steuerbezirk . . . .

EINBEKENNTNIS

über die mit dem Amte des . . . . Hilfpriester in . . . . verbundenen Bezüge behufs Congruaergänzung aus dem Religionsfonde nach dem Gesetze vom 19. April 1885 R. G. B. No 47.

Stand vom . . . . . .

Mit . . . . . Beilagen.

Einnahmen.

Post-Nr.	Beilage Nr. / Anzahl	Gegenstand	Betrag in ö. W. fl.	kr.	Anmerkung
1	1 / 1	Interessen des gestiften Capitales	55	—	*ad 1.* laut Ausweises vom . . . . .
2	2—3 / 2	Vom Pfarrer	289	80	*ad 2.* laut Stiftbriefes (oder gemäss Systemisierungsurkunde, genehmigten Commissionsprotokolles u. s. w.) vom . . . . (eventuel) : Original bei dem Einbekentnisse des Pfarrers.
3	4 / 1	Stiftungsgebühren	5	20	*ad 3.* laut Ausweises vom . . . .
		Summe der Einnahmen . .	—	—	

Ausgaben.

Post-Nr.	Beilage Nr. / Anzahl	Gegenstand	Betrag in ö. W. fl.	kr.	Anmerkung
—	—	. . . .	—	—	
		Summe der Ausgaben . . .	—	—	
		Im Entgegenhalte der Einnahmen per	—	—	
		zeigt sich ein Reinertrag . . .	—	—	
		und gegenüber der Congrua . .	—	—	
		ein Abgang (Überschuss) . . .	—	—	

N. N.,
Hilfspriester.

Gesehen und betreffs der Einnahmspost Nr. 2 bestätigt
N. N.,
Pfarrer.

Do tego rozporządzenia nowego ministeryalnego dołączamy reskrypt W. c. kr. Namiestnictwa z dnia 11 marca 1890 L. 17179, który opiewa:

Jak Najprzewielebniejszemu Ordynaryatowi wiadomo, wydane zostało nowe rozporządzenie wys. c. k. Ministerstwa wyznań i oświaty, tudzież wys. c. k. Ministerstwa skarbu z dnia 20. stycznia 1890 (Dz. u. p. Nr. 7), które uchyliło rozporządzenie ministeryałne z dnia 22 lipca 1885 (Dz. u. p. Nr. 99) co do wykonania ustawy z dnia 19 kwietnia 1885 (Dz. u. p. Nr. 47) względem wymiaru kongruy dla katolickiego duchowieństwa parafialnego.

Powołane na wstępie rozporządzenie ministeryalne weszło już w życie z dniem 1go lutego 1890 i postanawia w §. 2. ustępu 2, że każdy nowomianowany samoistny duszpasterz, tudzież kooperator oraz ekspozyt (z wyjątkiem administratorów), który posiada własny zakładowy majątek, jeśli ci duszstarownicy mają tytuł żądać uzupełnienia, należącéj im się kongruy z funduszu religijnego, przedłożyć powinien w drodze przynależnego Ordynaryatu w terminie 2 miesięcznym po objęciu posady w nowem miejscu służbowem, własne zeznania dochodu (fasye) sporządzone ściśle według postanowień §. 4 powołanego rozporządzenia.

Ponieważ asygnata uzupełnienia kongruy zależy od poprzedniego sprawdzenia przedłożyć się mającej fasyi dochodu, przeto Namiestnictwo w celu zapobieżenia zwłokom w asygnacie należącego się poboru z funduszu religijnego, ma zaszczyt upraszać Najprzewielebniejszy Ordynaryat, by w tym kierunku wydać zechciał do duchowieństwa swej dyecezyi stósowną informacyę z wezwaniem, aby w mowie będący księża

jak najspieszniej po objęciu nowego urzędu przedkładali fasye dochodów, które Najprzewielebniejszy Ordynaryat następnie z wnioskiem własnym co do wysokości dochodów od stuły w myśl §. 5. powołanego rozporządzenia ministeryalnego zechce przedłożyć Namiestnictwu.

Zwraca się przy tem uwagę Najprzewielebniejszego Ordynaryatu, że na wniesioną prośbę nowo ustanowionych duszpasterzy może im w myśl §. 12 powołanego rozporządzenia być asygnowane z funduszu religijnego tymczasowe uzupełnienie kongruy w wysokości ostatniej sprawdzonej fasyi dochodu z zastrzeżeniem późniejszego wyrównania.

W tym celu zechce Najprzewielebniejszy Ordynaryat również udzielić wymienionemu powyżej duchowieństwu stósownej informacyi i zarządzić, by nowo instytuowani duszpasterze dotyczące żądania swe objawiali przy sposobności wprowadzenia ich na nową posadę służbową właściwemu dziekanowi, którego zobowiązać należy, by donosząc Konsystorzowi jak najspieszniej o wprowadzeniu w służbę dotyczącego duszstarownika przedstawił zarazem prośbę tegoż o asygnowanie mu uzupełnienia z funduszu religijnego, którą Najprzewielebniejszy Ordynaryat prześle Namiestnictwu wraz z doniesieniem o dniu instytucyi kanonicznej, względnie rozpoczęcia czynności urzędowej przez dotyczącego duszpasterza, poczem będzie mogło Namiestnictwo zaasygnować mu pobory z funduszu religijnego w wysokości pobieranego przez jego poprzednika uzupełnienia kongruy w myśl §. 12. powołanego rozporządzenia minist.

O poczynionem zarządzeniu uprasza się zawiadomić c. k. Namiestnictwo.

Lwów, dnia 11. marca 1890. **_Badeni._**

W myśl nowego rozporządzenia ministeryalnego i reskryptu w. c. k. Namiestnictwa nasuwają się następujące uwagi:

Ustawę dawną kongrualną i odnośne ministeryalne rozporządzenia dawne zawarte w Kurendach XIV, XV, XVI Nro 2785 z 1885 powinni interesowani Kapłani porównać z nowem rozporządzeniem, aby poznali zmiany zaszłe i przy układaniu fasyi mieć powinni na względzie nie tylko to nowe rozporządzenie ministeryalne, ale także samą ustawę kongrualną, której się to rozporządzenie dotyczy i na którą się powołuje.

Według §. 1 nowego rozporządzenia ministeryalnego powinni ci Proboszczowie, Expozyci i systemizowani Kooperatorowie, przedkładać fasye dochodów i wydatków, gdy część dochodów pobierają z zakładowego majątku beneficyalnego lub z innych źródeł miejscowych, a mimo to uprawnieni się widzą domagać się i żądać uzupełnienia kongruy z funduszu religijnego, z tego powodu, że wspomniane dochody nie pokrywają całej kongruy, jaka im się według ustawy z dnia 19 kwietnia 1885 należy. Fasye te układać należy ściśle według postanowień §. 4. podanego powyżej nowego rozporządzenia ministeryalnego z dnia 20 stycznia 1890 i potrzebuje regularnie przedkładać po objęciu posady duchownej równie jak na każde wezwanie Wys. c. k. Ministerstwa wyznań. Kapłanom w duszpasterstwie aplikowanym, którzy nie mają dochodów, ani z zakładowego majątku bebeficyalnego ani z innych źródeł miejscowych a wskutek tego pobierają całą kongruę z funduszu religijnego asygnowana będzie ich kongrua

z tego funduszu bez przedkładania fasyi, skoro Ordynaryat Biskupi oznajmi, że objęli posadę duszpasterską.

W §. 2. postanawia nowe rozporządzenie, że fasye przedkładane być mają Wys. c. k. Namiestnictwu za pośrednictwem Ordynaryatu w przeciągu dwóch miesięcy po objęciu posady. Prośby o przedłożenie tego terminu mają 14 dni przed tegoż upływem być wniesione do c. k. Namiestnictwa, które, jeżli ważne przyczyny za tem przemawiają, przedłużyć może ten termin o dalsze cztery tygodnie.

Co do tego postanowienia polecamy Wielebnemu Duchowieństwu parafialnemu, aby fasye przeznaczone dla c. k. Namiestnictwa przesyłało Ordynaryatowi, który je ze swemi uwagami przedłoży Namiestnictwu, i aby po objęciu nowej posady duszpasterskiej, której dochody erekcyonalne i inne miejscowe nie pokrywają całej kongruy, nie czekając upływu terminu dwóch miesięcy, jak najspieszniej przedkładało fasye, gdyż asygnowanie należącego się z funduszu religijnego uzupełnienia nastąpić może dopiero po sprawdzeniu przedłożonej fasyi a sprawdzenie to wymaga długiego czasu. Od wcześniejszego tedy przedłożenia fasyi, zawisło i wcześniejsze asygnowanie uzupełnienia kongruy.

§. 3. postanawia, że księża Proboszczowie i w ogóle samoistni duszpasterze sporządzać mają fasye według formularza A. Księża Kooperatorowie zaś, pobierający część dotacyi z zakładowego majątku lub innych źródeł miejscowych sporządzać je mają według formularza B.

Jeżeli proboszcz ma całą kongruę z dochodów majątku erekcyonalnego, lub z innych miejscowych źródeł pokrytą i potrzeba tylko uzupełnienia kongruy dla Kooperatora mającego część dotacyi swej w dochodach fundacyjnych lub innych miejscowych, natenczas odpada potrzeba przedłożenia fasyi według formularza A, i należy przedłożyć fasyę sporządzoną przez Kooperatora według formularza B, którą podpisać ma także Proboszcz, jeżeli z dochodów dotacyi swego probostwa pokrywa część dotacyi Kooperatora.

§. 4. postanawia, że fasye przedkładać należy w dwóch równo brzmiących egzemplarzach i do jednego z nich załączyć najnowszy inwentarz beneficyalny, tudzież szczegółowy wykaz wszystkich jakiejkolwiek nazwy dochodów, które fasyonujący się z funduszu religijnego pobiera a nakoniec dokumenta, wymienione w tymże §. w ustępie I. dotyczącym dochodów, pod literami „a“ do włącznie „g“, i w dziale wydatków II. pod literami a, b, c, które to dokumenta potrzebne są dla uzasadnienia poszczególnych pozycyj tak dochodów jakoteż wydatków, wykazanych we fasyi. W dziale dochodów I. pod literą d, traktuje rozporządzenie także o dochodzie z danin w naturaliach. Nadmieniamy, że wartość ich, jeśli urzędownie nie została ustanowioną podawać należy dokładnie i na pewnych podstawach, ponieważ według §. 5. tegoż rozporządzenia ministeryalnego W. c. k. Namiestnictwo zarządzić może dochodzenie, którego koszta poniesie Kapłan fasyę przekkładający, jeżeli się okaże, że wartość pobieranych naturaliów o 20% jest wyższą od podanej we fasyi.

Pod literą f zawarte jest w ostatnim ustępie postanowienie, że dochód z praw stoły można w nowej fasyi wstawić ten sam, który wykazuje ostatnia fasya sprawdzona, jeżeli od czasu sprawdzenia tej fasyi nie upłynęło jeszcze lat 10, i jeżeli Namiestnictwo

z powodu zmienionych stosunków nie zażąda udowodnienia wysokości tego dochodu dokumentami w poprzedzających ustępach pod literą f wymienionemi. Pod literą g działu 1, tyczącego się dochodu, postanawia końcowy ustęp, że dochody z fundacyj mszalnych można także liczebnie podać bez załączników w pierwszym ustępie wymienionych, jeżli jest już fasya dawniejsza, sprawdzona urzędownie na podstawie ustawy kongrualnej z dnia 19 kwietnia 1885. W takim razie należy odnośną cyfrę dochodu z fundacyi mszalnych z fasyi sprawdzonej wstawić do fasyi nowej.

W dziale II, tyczącym się wydatków, postanawia nowe rozporządzenie pod literą b), ażeby co do wydatków kancelaryjnych tam, gdzie one nie bywają pokrywane z majątku kościelnego przestrzegano rozporządzenia ministeryalnego z dnia 8 grudnia 1885 roku.

Treścią tego rozporządzenia jest, iż:

a) w parafiach, mających liczbę dusz do tysiąca, na wydatki kancelaryjne liczyć należy za każdą setkę dusz po 50 centów w. a.

b) w parafiach, mających więcej aniżeli 1000 dusz, należy tytułem tych wydatków wstawić do fasyi za pierwszy tysiąc dusz 5 złr., a za każdych dalszych 500 dusz 1 złr. 50 ct., jednakże tylko do maksymalnej kwoty 100 złr. w. a. i z zastrzeżeniem, że w parafiach pod a) liczba dusz mniej aniżeli sto, w parafiach zaś pod b) mniej aniżeli 500 wynosząca zupełnie odpada.

Za pełnienie obowiązków dziekańskich wstawić można do wydatków tylko kwotę, oznaczoną rozporządzeniem ministeryalnem z dnia 19 czerwca 1886 (D. u. p. Nro 10).

Do wydatków w dziale II, pod literą c w ustępie drugim wymienienych, należą a więc zatem mają być wstawione płace Kooperatorów, o ile one z dochodów dotacyi plebańskiej na podstawie albo dokumentu erekcyjnego, albo innego specyalnego tytułu prawnego lub długoletniej praktyki uiszczane być miały. Z tytułu długoletniej praktyki obowiązani są księża Proboszczowie, o ile mają swoją kongruę pokrytą płacić Kooperatorom rocznie po 200 złr. w. a. i tej zasady przestrzegać należy przy układaniu nowych fasyj. Reszta dotacyi kooperatorskiej ma być pokrytą z funduszu religijnego, jeżeli w mocy innego tytułu prawnego, mianowicie dokumentu erekcyjnego lub fundacyonalnego obowiązek utrzymywania Kooperatora nie ciąży na dotacyi plebańskiej. Oprócz płacy Kooperatorów należą do tej pozycyi wszelkie inne prestacye i wydatki, które Proboszcz i w ogóle samoistny duszpasterz ponosić musi na mocy dokumentu erekcyjnego lub fundacyonalnego. Dokumenta, na mocy których wydatki te ponosi, należy razem z fasyami przedkładać. Co do wydatków na większe budowle, które ustawa kongrualna w §. 3. dziale II, pod literą c) wstawiać pozwala, jeżeli je Proboszcz na mocy ustaw obowiązujących ponosi, postanawia rozporządzenie ministeryalne w §. 4. dziale II pod d), że ustawa daje beneficyatowi tylko prawo od wypadku do wypadku żądać od funduszu religijnego zwrotu tych większych wydatków na budowle, o ile przez nie kongrua ich została uszczuploną i tylko w obrębie tej kongruy.

Według §. 8, można przeciw orzeczeniu władzy krajowej, wydanemu co do przedłożonej fasyi w przeciągu dwóch miesięcy, licząc od dnia doręczenia orzeczenia, wnieść rekurs do Wys. c. k. Ministerstwa w c. k. urzędzie powiatowym czyli Starostwie.

Do rekursu załączyć potrzeba tak samo orzeczenie, jako też przedłożoną fasyę i wszystkie jéj załączniki. Rekurs i załączniki opatrzyć potrzeba odpowiednemi markami stemplowemi.

Według §. 10. potrzeba o każdej zmianie w substancyi majątku beneficyalnego, lub w dochodach lokalnych, jeżeli ta zmiana wpływa na uzupełnienie kongruy z funduszu religijnego jak najśpieszniéj a najdalej w przeciągu trzech miesięcy od zaszłej zmiany donieść c. k. Namiestnictwu za pośrednictwem Ordynaryatu. Zaniedbanie spełnienia tego obowiązku pociąga za sobą dotkliwe kary pieniężne wymienione w §. 4. ustawy kongrualnej z dnia 19 kwietnia 1885. Doniesienia te obowiązkowe, równie jak ich potrzebne załączniki, wolne są od opłat stemplowych.

§. 12. postanawia, że na prośbę nowo ustanowionych duszpasterzy, przed orzeczeniem co do należącego im się uzupełnienia kongruy, wydać się mającem na podstawie ich fasyi, może im tymczasowo od dnia objęcia odnośnej posady być asygnowane z funduszu religijnego uzupełnienie kongruy na podstawie i w wysokości ostatniej sprawdzonej fasyi, z zastrzeżeniem atoli wyrównania w swoim czasie, to jest wtedy, kiedy ich fasya sprawdzoną zostanie. Jeżeli tedy poprzednik na podstawie sprawdzonej fasyi pobierał z funduszu religijnego uzupełnienie kongruy, to następca może o to prosić, aby mu od dnia objęcia posady przed wniesieniem i sprawdzeniem jego fasyi asygnowane było prowizorycznie, to uzupełnienie kongruy, które poprzednik pobierał. Żądanie to objawić należy przy wprowadzeniu na posadę duszpasterską właściwemu księdzu Dziekanowi, i doręczyć mu odnośną prośbę, którą tenże razem ze swoją relacyą o wprowadzeniu na posadę tego duszpasterza i dniu objęcia przez niego obowiązków, przysłać ma jak najspieszniej Ordynaryatowi do dalszego przedłożenia téj prośby W. c. k. Namiestnictwu celem wyjednania prowizorycznej asygnaty uzupełnienia kongruy. Jeśliby duszpasterz, otrzymawszy tę prowizoryczną asygnatę uzupełnienia kongruy, zaniedbał przedłożyć fasyę w terminie w §. 2. oznaczonym, natenczas ma c. k. Namiestnictwo wstrzymać dalszą wypłatę tego uzupełnienia i zarządzić ściągnięcie kwot już wypłaconych.

Co do sposobu, w jaki te kwoty już wypłacone mają być ściągnięte, tudzież w jaki sposób przy wyrównaniu właściwego uzupełnienia należącego się duszpasterzowi na podstawie jego fasyi, urzędownie sprawdzonej, z zaliczkami, które już otrzymał, ma być uskuteczniony zwrot pobranej przez niego nadwyżki postanawia §. 13, że jeśli należytość, funduszowi religijnemu od duszpasterza przypadająca, wynosi więcej aniżeli 20 złr. zwrócić ją należy w 12 ratach miesięcznych.

Co do Administratorów, którzy według dawniejszego rozporządzenia ministeryalnego mieli odprawiać msze fundacyonalne bezpłatnie, jeżeli płaca ich wynosiła więcej aniżeli 30 złr. miesięcznie, postanawia nowe rozporządzenie w §. 14. że i ci Administratorowie za odprawione msze fundacyonalue mogą żądać wynagrodzenia aż do wysokości stypendyum dyecezalnego. Co do dotacyi Administratorów obowiązuje i nadal dawne rozporządzenie rządowe.

R. Adalbertus Scisło et R. Iosephus Fyda

a Sacris suspensi,

quod Venerabili Clero pro notitia cum eo communicamus, ne Sacerdotes hi ad altare pro celebranda SS. Missa neque ad quamcunque functionem sacerdotalem in Dioecesi admittantur.

QUAESTIONES

theologicae pro Congregationibus decanalibus a. 1890.

1. E Theologia dogmatica.

Exponantur notae, quibus vera Christi Ecclesia discernitur a falsis huius nominis sectis, et probetur, cui societati religiosae Christianae notae illae competant?

2. E Theologia morali.

Quid intelligitur sub sigillo sacramentali? quis ad illud obligatur? ad quae sigillum sacramentale extenditur? quomodo potest violari? quomodo procedere debet confessarius inquisitus a iudice super negotiis et causis, quae cadunt sub sigillum sacramentale vel secretum officiale?

3. E Theologia pastorali.

We wielu parafiach przystępują do sakramentów św. częściej w roku prawie same kobiety. Jakich środków ma użyć duszpasterz, aby i mężczyzn do częstszej spowiedzi i komunii św. zachęcił? na co w tej mierze ma zwracać uwagę spowiednik dając rady i upomnienia swym penitentom?

4. Ex iure canonico.

Parochus deprehendit multa in parochia invalide contracta matrimonia ob impedimenta consanguinitatis, affinitatis, criminis, quae partim sunt omnino occulta, partim publica, vel saltem ut publica censeri possunt, partim certa, partim vero certo probari non possunt. Haeret anxius, quomodo procedere debeat, ne tot coniuges gratia sacramentali careant neve Deus peccatis offendatur ab illis, qui mala fide matrimonium contraxerant. In specie cupit informari 1) utrum debeat pro commodiori et faciliori huius difficultatis solutione petere generalem sanationem in radice omnium matrimoniorum in sua parochia invalide contractorum, an vero recurrere in singulis casibus? 2) utrum debeat imponere omnibus putativis coniugibus separationem a thoro et mensa? vel saltem a thoro? quid faciendum, si praevidetur, coniuges monitioni de abstinentia a thoro non esse obsecuturos? 3) utrum debeat taxam consuetam ab omnibus exigere? 4) quomodo sit peragenda renovatio consensus matrimonialis? utrum in ecclesia et coram testibus an inter solos coniuges? 5) utrum tempore clauso possit fieri haec renovatio?

MONITUM: *Obvenerunt casus, quod congregationes decanales habitae fuerint die onomastico apud illum parochum, qui onomasin celebrabat. Huiusmodi praxis sicut fini congregotionum ita et intentionibus Nostris est contraria, ideo prohibetur.*

E Consistorio Episcopali.

Tarnoviae, die 23. Aprilis 1890.

IGNATIUS — **Eppus.**

Stanislaus Walczyński — **Cancellarius.**

W drukarni Józefa Styrny w Tarnowie 1890. Nakładem Kleru Dyecezalnego.